

Bericht der Deputation für Bildung (staatlich) zum Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen vom 07.04.2008, Drs. 17/346 „Konzept zur Stärkung der politischen Bildung an den Schulen des Landes Bremen, insbesondere der Sekundarstufen I und II“

Konzept zur Stärkung der politischen Bildung an den Schulen des Landes Bremen, insbesondere der Sekundarstufen I und II

Die Bremische Bürgerschaft hat mit Beschluss zur Drucksache 17/346 vom 07.04.2008 den Senat aufgefordert, ein Konzept zur Stärkung der politischen Bildung an den Schulen des Landes Bremen vorzulegen.

Der Senat hält es für erforderlich, zunächst umfassend die Ausgangslage und Grundpositionen für die Verstärkung politischer Bildung darzustellen, um daraus die erforderlichen Entwicklungsbedarfe und -schritte abzuleiten.

Ausgangslage

Mit den Antragstellern herrscht Einigkeit darüber, dass die politische Bildung an Schulen weiter zu stärken ist und grundlegende demokratiepädagogische Anstrengungen angezeigt sind, um im Sinne des Bremischen Schulgesetzes Schülerinnen und Schüler „zur Bereitschaft, politische und soziale Verantwortung zu übernehmen“ zu befähigen (§ 5).

Diese Einsicht ist Grundlage des vorliegenden Konzeptes. Sie hat in Bremen - aber auch bundesweit - in den vergangenen Jahren zahlreiche Lösungsansätze hervorgebracht, die die politische Bildung stärken und dabei von einer komplexen **Ausgangslage** ausgehen:

- Vor dem Hintergrund „der aktuellen Zunahme von Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und einer seit Jahren zunehmenden Politik(er)verdrossenheit und Politikdistanz bei Jugendlichen“ wurde der BLK- Modellversuch „Demokratie lernen und leben“ auch im Land Bremen (2002 – 2007) durchgeführt. Die Entwicklung bei den Jugendlichen läuft „... auf alarmierende Weise den Zielen der schulisch institutionalisierten politischen Bildung zuwider, die am Ziel starker und aufgeklärter Beteiligung in einem partizipatorischen Modell orientiert ist“¹.
- Im internationalen Vergleich zeichnen sich deutsche Achtklässlerinnen und Achtklässler durch einen hohen Grad an Fremdenfeindlichkeit aus. Ihre Bereitschaft zu politischem Engagement liegt unter dem Durchschnitt anderer Länder, wie die CIVIC-Education-Studie der IEA² 2002 zur politischen Bildung zeigte.
- Bei einer Wahlbeteiligung von nur 57,58 % (Stadt Bremen) und 52,8% (Bremerhaven) bei der Bürgerschaftswahl 2007 kann von einer Orientierung gebenden Vorbildfunktion der wahlmündigen Bürger nicht mehr gesprochen werden.
- Gleichzeitig hat sich der Drang nach Mitbestimmungsmöglichkeiten, den Schülerinnen und Schüler der 60er/70er Jahre noch hatten, verändert in Richtung einer stärker-

¹ zit. nach Fauser/ Edelstein: Gutachten zum Programm Demokratie lernen und leben, BLK-Modellversuch, Bonn 2001, S. 17 f.

² International Association for the Evaluation of Educational Achievement

ren politischen Distanz³; „bürgerlich-mitmenschliches Engagement ist weit verbreitet bei Jugendlichen, bürgerlich-politisches Engagement ist dagegen gering verbreitet“⁴.

- Im Zuge der Einrichtung von Ganztagschulen erfordert der längere Einfluss von Schule und Schulklima auf die politische und demokratische Bildung von Kindern und Jugendlichen neue und weiter reichende pädagogische Konzepte.
- Schulen sind durch die Kultusministerkonferenz (Beschluss vom 03.03.2006) aufgefordert, die Kinderrechtskonvention umzusetzen. Dabei ist für die politische Bildung vor allem die altersgerechte Berücksichtigung des Rechtes auf Partizipation relevant, das von der KMK als „essentiell für die Schulkultur“ bewertet wird.

Dies sind einige besonders wirksame Aspekte des Hintergrundes, vor dem die konzeptionelle Gestaltung der politischen Bildung an Schulen stattfindet. Aufgrund divergierender Vorstellungen darüber, auf welche Weise eine Stärkung erfolgen kann, ist für das vorliegende Konzept zunächst eine inhaltliche Klärung des Begriffes „Politische Bildung“ notwendig.

Didaktische Grundpositionen: „Politische Bildung“ vs. „Demokratie – Lernen“

Die politische Bildung an Schulen in Deutschland hat seit den 90er Jahren einen deutlichen Anstoß zur Weiterentwicklung erfahren. Galt es bis dahin als ausgemacht, dass die "politische" Bildung sich auf den systematischen Erwerb von Grundlagenkenntnissen im Sinne von Deutungswissen über Kernkonzepte der Demokratie, auf die Analyse und die Beurteilung politischer Fragen und Institutionskunde konzentrieren sollte, so stellen neuere Initiativen ein breiter angelegtes "**Demokratie-Lernen**" ins Zentrum der didaktischen Bemühungen.

Der "**politik-orientierte**" Ansatz⁵ sieht die Politik als „Kern der politischen Bildung“. Die entsprechenden Problem- und Themenfelder werden "politik-orientiert" im **kognitiven** Sinne bearbeitet. Der Politikunterricht konzentriert sich diesem Ansatz zu Folge darauf, Demokratie als Herrschaftsform zu sichern und weiterzuentwickeln.

In den neueren Initiativen werden deutliche Akzente in Richtung auf eine breit angelegte Demokratie-Theorie, auf eine erfahrungs- und wertebezogene **demokratische Praxis** sowie - didaktisch gesprochen - auf demokratische Verhaltens- und Handlungsorientierung gesetzt^{6,7}. Demokratie wird erweitert als Lebens-, Gesellschafts- und Handlungsform verstanden.

„Das „*Lernen*“ von Demokratie, d.h. der **Erwerb von Kompetenzen** zum demokratischen Handeln, und das „*Leben*“ in der Demokratie, d.h. die **Einübung in die Praxis** demokratischer Lebensführung, wird zugleich als das beste Mittel und eigentliche Ziel bei der Auseinandersetzung mit Rückzug und Demokratieverdrossenheit aufgefasst. Gleichzeitig gilt, „dass

³ vgl. Studie des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforschung Hannover im Jahr 1995 i. A. des Landes Niedersachsen über schulische Möglichkeiten der Partizipation, in: C. Rohlf/ C. Palentien: „Perspektiven der Partizipation“ im Band „Demokratische Grundschule – Mitbestimmung von Kindern über ihr Leben und Lernen.“ Uni Siegen 2008

⁴ Dr. Sybille Reinhard, „Demokratiekompetenzen“, zit. nach Abschlussbericht zum BLK –Modellversuch/ „Nacht der Jugend“, Bremen 2007, S. 22

⁵ z.B. Massing und Weißeno 1995

⁶ nach: Himmelmann „Demokratie lernen und Politik lernen - ein Gegensatz?“ Veranstaltungsdokumentation, Homepage bpb 2003

⁷ Hierzu gehört in besonderer Weise der Ansatz von Prof. Dr. Peter Fauser (Universität Jena), und Prof. Dr. Wolfgang Edelstein (ehem. Direktor des MPI für Bildungsforschung, Berlin), die das Demokratie-Lernen im Gutachten zum erfolgreichen BLK – Modellversuch „Demokratie leben und lernen“ (2002 - 2007) theoretisch begründet haben.

Demokratie lernen und leben die Überwindung von Gewalt fordert und ermöglicht“ (Programmgutachten, S. 18).

Zu den grundlegenden Kompetenzen eines solchen „Demokratie-Lernens“ gehören die Fähigkeit, andere Perspektiven zu übernehmen; Konfliktfähigkeit; politische Urteilsfähigkeit; Partizipation und sozialwissenschaftliches Analysieren.

Erfolgreiche Maßnahmen müssen hierzu handlungsorientiert, erfahrungsgeleitet, fachübergreifend bzw. Fächer verbindend und ausgestattet sein mit Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Dies wurde im Modellversuch „Demokratie lernen und leben“ auch für Bremen nachgewiesen. Die „...dominante Form des reproduktiven unterrichtlichen Lernens muss in diesem Bereich mehr noch als in anderen Sachbereichen um aktive und konstruktive Aspekte ergänzt und schüleraktiv transformiert werden, nicht zuletzt um die Schulung der Urteilkraft in diskursiven Prozessen zu fördern. Eine Schwäche des schulischen Lernens ist im Bereich der politischen Bildung, vielleicht mehr noch als in anderen Bereichen, eine vor allem text- und wissensbezogene Didaktik und die Konzentration auf Institutionen, die Jugendlichen als abstrakt und lebensfern gelten.“ (Programmgutachten, S. 22)⁸.

Eine Ausrichtung an Kompetenzen, wie sie die Bildungspläne vorsehen, wird insbesondere durch eine handlungsorientierte Lehre erreicht. Die verpflichtenden bremischen Curricula gewährleisten formal eine politische Grund- und Allgemeinbildung aller Schülerinnen und Schüler bereits am Ende der Sekundarstufe I.

Das vorliegende Konzept der Senatorin für Bildung und Wissenschaft ist außerdem getragen von der Auffassung, dass politische Bildung eine **Querschnittsaufgabe** an Schulen ist, deren Herausforderungen sich auch, aber nicht allein, mit einer Stärkung des Faches Politik meistern lassen:

Da Belehrung gegen Erfahrung nicht ankommt, setzt das bremische Konzept schulischer politischer Bildung mit gutem Grund auch auf die Wirksamkeit von möglichst realen mikropolitischen Prozessen im Nahbereich, in denen Schülerinnen und Schüler **politische Grundfertigkeiten** erlernen können: Positionen zu klären und gegen andere Positionen zu verteidigen, abzuwägen, Lösungen abzustimmen, über Handlungsprobleme zu verhandeln, zwischen unterschiedlichen Optionen zu wählen, den Sinn von Abstimmungen zu begreifen, Aufgaben und damit Verantwortung zu übernehmen und mit anderen zu teilen, entsprechend „Macht“ auszuüben und Einfluss zu gewinnen, Ämter wahrzunehmen und sich für Handlungen in Ämtern zu rechtfertigen. Im besten Fall durchdringen derartige Maßnahmen zur politischen Bildung und zum „Demokratie-Lernen“ alle Ebenen des **Schullebens**, werden im Schulklima sichtbar und sind in der konkreten Beteiligung, Mitwirkung und fachübergreifenden Auseinandersetzung erlebbar.

⁸ Die Gutachter Fauser und Edelstein vertreten sogar die Auffassung, dass „auf diese Weise (...) der Fachunterricht mehr zu Politikverdrossenheit als zum Aufbau politischer Urteilskompetenz bei(trägt)“ (Programmgutachten, S. 29).

Sachstand und Entwicklungsbedarfe politischer Bildung an Bremer Schulen

1. Stundentafeln
2. Projekte – Maßnahmen – Wettbewerbe
 - 2.1. Rahmensetzungen und Aktivitäten auf Schulebene
 - 2.2. Fortbildungsmaßnahmen
 - 2.3. Projektkultur
 - 2.4. Wettbewerbe
3. Kooperationen mit institutionellen und außerschulischen Partnern
4. Partizipation
5. Entwicklungsbedarfe und Lösungsansätze

1. Politische Bildung in der Stundentafel

„Politik ist, was ihr daraus macht. Zum Beispiel in diesen Fächern:
Politik, Deutsch, Geschichte, Wirtschaft, Recht, Kunst,
Musik, Ethik, Religion, Philosophie, Biologie, Informatik“
(aus: Aufruf zum Schülerwettbewerb zur politischen Bildung 2008)

Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft hat in den vergangenen Jahren eine Sicherung des Umfanges der gesellschaftswissenschaftlichen Fächergruppe in den Stundentafeln der Sekundarstufen I und II erreicht. Im Vergleich zu den Bundesländern Niedersachsen und Berlin ist der politisch-gesellschaftswissenschaftliche Bereich in den bremischen Stundentafeln ausgeprägt. Er umfasst in den Bildungsgängen einen gleich großen bzw. umfangreicheren Stundenanteil im Vergleich zu den genannten Ländern. Abweichungen ergeben sich durch den unterschiedlichen inhaltlichen Zuschnitt der Fächer: In Niedersachsen wird im gymnasialen Bildungsgang die Berufsorientierung dem Fach Politik zugeordnet, in Bremen dem Fach Wirtschaft - Arbeit - Technik (WAT). In Berlin wiederum hat das Fach Arbeitslehre einen technikorientierten Ansatz, in Bremen das analoge Fach Wirtschaft - Arbeit - Technik einen eher politisch-wirtschaftswissenschaftlichen Schwerpunkt.

Mit den Fächern Politik, Geschichte, Welt- Umweltkunde (WUK), Wirtschaft - Arbeit - Technik (WAT) hat die Sekundarstufe I leistungsfähige Fächer zur Vermittlung von politischer Bildung. Generell sollen der Schülerschaft politische Kompetenzen in jeglichem Fachzusammenhang - auch dem der Kernfächer und der Naturwissenschaften - vermittelt werden.

Die gesellschaftswissenschaftliche Fächergruppe wurde mit der Revision der Stundentafel im verkürzten **gymnasialen Bildungsgang** 2006 in den Jahrgangsstufen 9 und 10 um 2 Wochenstunden verstärkt und in den Jahrgangsstufen 7 und 8 vom Umfang her auf 4 Jah-

reswochenstunden konstant gehalten. In der Einführungsphase der Gymnasialen Oberstufe wurde die Fächergruppe deutlich verstärkt von vorher 2-3 Grundkurs-Wochenstunden auf 6 Wochenstunden. Weitere Vertiefungen können im Wahlpflichtbereich vorgenommen werden bzw. sind im Rahmen der Profiloberstufe zu leisten.

Mit der Revision der Stundentafel des gymnasialen Bildungsgangs wurde im Jahr 2006 außerdem das Fach Gemeinschaftskunde in Politik umbenannt und auf ein modernes Verständnis politischer Bildung ausgerichtet.

Die Stundentafel der Sekundarstufe I im Lernbereich Gesellschaft/ Politik/ Welt/ Umwelt stellt sich für die Gesamtschule und die Sekundarschule wie folgt dar:

In der **Gesamtschule** steigt die Stundenzahl von 6 Wochenstunden in den Jahrgangsstufen 7 und 8 auf 7 Stunden im 9. Jahrgang und 8 Stunden im 10. Jahrgang an.

In der **Sekundarschule** werden in diesem Lernfeld in den Jahrgangsstufen 7 und 8 je 6 Wochenstunden, in den Jahrgangsstufen 9 - 10 mindestens 7 Stunden unterrichtet.

Die Flexibilisierungsstundentafeln für die Jahrgangsstufen 7 – 10 der Sekundarschule und der Gesamtschule sowie die Jahrgangsstufen 7 – 9/10 des Gymnasiums bieten den Schulen Möglichkeiten zur Profilierung und Schwerpunktsetzung. Fächer können in integrierter Form angeboten, in Epochen zusammengefasst oder in Projektbändern organisiert werden. Die Schulen sind herausgefordert, diese Gestaltungsfreiräume im Interesse der politischen Fachkunde auszuschöpfen.

Die kontinuierliche Erteilung gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichtes mit der Aufgabe politischer Bildung ist mit der vorhandenen Stundentafel gewährleistet. Eine Stärkung des Faches Politik und seiner spezifischen Inhalte ist wünschenswert (s. Pkt. 5), kann und soll jedoch nicht über eine Erhöhung der Stundentafel geleistet werden.

2. Projekte - Maßnahmen - Wettbewerbe

Politische Bildung ist aufgrund der Komplexität der Materie über den fachlichen Unterricht hinaus Aufgabe aller Fächer und der gesamten Schule.

Bildungspläne, Stundentafeln, Kommunikationsstrukturen im Unterricht, Lern- und Schulkultur, Wettbewerbsteilnahmen und Projekte greifen hier notwendigerweise ineinander.

Aus diesem Grund gibt es gezielte steuernde Maßnahmen, Rahmensetzungen und Projektarbeit, die Partizipation und demokratisches Lernen, Sprechen und Handeln in den Mittelpunkt stellen. Auch „Mikroprojekte“ scheinbar unpolitischer Natur ermöglichen eine positive Beteiligungserfahrung und wirken auf diese Weise mittel- bis langfristig fördernd auf das Interesse der Schülerinnen und Schüler an politisch und gesellschaftlich relevanten Themen. Die bestehenden Formate greifen aktuelle Themen auf und werden kontinuierlich weiter entwickelt:

2.1 Rahmensetzungen und Aktivitäten auf Schulebene

- **Die Eigenverantwortung von Schulen** wurde gestärkt. Dies gilt in Bezug auf das vorliegende Konzept vor allem für die pädagogische Eigenverantwortung, durch die eine Gewichtung politisch-demokratischer Bildung im Schulleben, eine entsprechende Organisation von Lernfeldern und eine fachliche Schwerpunktsetzung ermöglicht wird⁹.
- **Qualitätssicherung:** Die Schulen sind aufgefordert zur Erstellung von Schulprogrammen. Dies soll unter Einbeziehung aller betroffenen Gruppierungen geschehen mit dem Ziel, die Partizipationsmöglichkeiten im Schulleben im Sinne einer programmatischen Selbstverpflichtung jeder Schule zu verankern. Viele der inzwischen vorliegenden Schulprogramme weist deutlich aus, dass die Schülervertretungen der Schulen partizipativ einbezogen waren.
- Förderung der Schulen mit dem Zertifikat „**Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage**“, die sich als Anlaufstelle für Betroffene bei fremdenfeindlichen Übergriffen verstehen und die interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation fördern¹⁰. Hier findet auch weiterhin die Transfersicherung von Erkenntnissen aus dem BLK-Modellversuch (in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesinstitut für Schule) statt.
- **Zertifizierung und Qualitätsentwicklung von Europa-Schulen** (derzeit drei). Schulen mit ausgewiesenem und langfristig angelegtem Europa-Schwerpunkt fokussieren europa-politische Fragestellungen, gestalten aktiv die schulischen Europakontakte mit Schülerinnen und Schülern, fördern das Sprachenlernen und beteiligen sich z.B. an Programmen wie „Comenius“. Durch Juryentscheid kann das Zertifikat „Europaschule“ vergeben werden. Weiterhin wird die Arbeit von „**unesco-Projektschulen**“ gefördert, deren Schwerpunkte die internationale Verständigung, Nachhaltigkeit und interkulturelles Lernen sind.
- Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft fördert und veranlasst die Entwicklung einer **Kommunikations- und Konfliktkultur** an Schulen im Land Bremen. Hierzu zählen stufenbezogene Schulungsmaßnahmen wie „**Faustlos**“ (Curriculum zur Gewaltprävention an Grundschulen), das „**Lions Quest**“-Programm („Erwachsen werden“) für Klasse 5 - 10, vor allem aber die Ausbildung der **Schülerstreitschlichter/innen**. Diese sind flächendeckend in der Sekundarstufe I in Bremerhaven und zunehmend in der stadtbremischen Sekundarstufe I eingeführt.
- Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft unterstützt **Modellvorhaben der ästhetischen Bildung** zur Entwicklung von Toleranz, zur Bewusstseinsbildung sowie zur Förderung der Sprach- und Wahrnehmungsfähigkeit als basale Qualitäten einer fachlichen und demokratischen Auseinandersetzung. Beispiel 1: der laufende **BLK-Modellversuch „FörMIG“** zur sprachlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund durch performative Methoden/ Theaterarbeit zu literarischen Vorlagen; Beispiel 2: **Theaterprojekte** zu politischen oder lebensweltbezogenen Themen mit hoher Aktualität (z.B. Zwangsheirat, 2007); Beispiel 3: **Dance 4 life** als international vernetztes Tanzprojekt mit Aufklärungsanteilen zur Aids-Prävention.

⁹ vgl. „Eckpunkte für ein Pilotprojekt EVS“, Anlage 1 Deputationsvorlage G 03/17 vom 22.8.07, S. 3 f

¹⁰ vgl. Ergebnisse einer Schulleiter-Befragung zum Thema Gewaltbelastung, Präventionsstrategien und Unterstützungsbedarfe 2004, S. 137

- Die Verpflichtung der Schulen zur Organisation von **Projekten in der Qualifizierungsphase** der Gymnasialen Oberstufe, in denen handlungsorientiertes bzw. forschendes Lernen eingeübt und praktiziert wird, mit der Möglichkeit der Einbringung der Projektprüfung als 5. Prüfungselement. Da es zur Qualität guter Projekte gehört, dass immer auch der gesellschaftliche Gehalt ihrer Themen und Problemstellungen bearbeitet wird, bilden sie eine ideale Organisationsform für die politischen Implikationen von Lernprozessen.

2.2. Fortbildungsmaßnahmen

Die Lehrerfortbildungsinstitute in Bremen und Bremerhaven sind programmatisch und personell so aufgestellt, dass sie regelmäßig Schulen auch darin unterstützen und Lehrkräfte dafür qualifizieren, Schülerengagement und -partizipation zu befördern.

Aktuell zeigt sich dies u.a. in den folgenden Angeboten:

- **„Mitwirkung mit Wirkung“**: Fortbildungsangebot für Lehrkräfte zur Verbesserung der **Partizipation** von Jugendlichen in der Schule. Fünf zweitägige Module. Der Start im Herbst 2008 hatte eine sehr gute Resonanz.
- Fortbildung für **Vertrauenslehrkräfte**
- **Qualifizierungsangebot für Schülervertretungen** (Kooperation LIS und Lidice-Haus)
- **Lions-Quest- Einführungsseminare** „Erwachsen werden“. Prävention, Stärkung der Kommunikations- und Konfliktfähigkeit sowohl innerschulisch als auch in Bezug auf die Kooperation zwischen Schule, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern
- **Fachtagungen und Workshops** zu Partizipation in Kooperation mit dem Lidice-Haus

2.3. Projektkultur

- Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft fördert, unterstützt und veranlasst **Präventionsprojekte** gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Hierzu liegt eine umfangreiche Darstellung laufender und zurückliegender Projekte vor¹¹. Weitere Projekte zielen auf Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung für gesellschaftlich relevante Themen im unmittelbaren Lebensumfeld (Sucht, AIDS, Gewalt).
- **„Nacht der Jugend“**: (jährlich seit 1998) zum Gedenken an die Reichspogromnacht im bremischen Rathaus, die 2500 jugendliche Besucher im Jahr 2007 erreicht, davon 500 in der Vorbereitung aktive Schülerinnen und Schüler.
- **Langfristige Schulprojekte**: Beispiel: Auszubildende vom Schulzentrum Alwin-Lonke-Str. sanieren seit 1993 die Gedenkstätte KZ Sachsenhausen und bereiten ihren Einsatz u.a. im Politikunterricht vor.
- Unterstützung von **Schülerfirmen**, die intern oder bei schulübergreifenden Veranstaltungen wie der „Nacht der Jugend“ ihre Angebote einbringen und im praktischen Vollzug Themen der ökonomischen und politischen Bildung problembezogen bearbeiten.

¹¹ 4. Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen 2000 – 2008; auch Bürgerschafts-Drs. 17/515 vom Oktober 2008

2.4. Wettbewerbe

Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft unterstützt und fördert die **Teilnahme an Wettbewerben**. Sie stützt Wettbewerbskoordinatoren und -kordinatorinnen mit Zeit aus und arbeitet an einer Anerkennungskultur (Preisverleihungen, Würdigungen). Eine Wettbewerbsbeteiligung ist mit einem hohen fachlichen und persönlichen Engagement seitens der Teilnehmenden, aber auch der begleitenden Lehrkräfte verbunden und kann nachhaltig wirksam sein für die Lernmotivation. Zu den Wettbewerben mit politisch-gesellschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt gehören u.a.:

- Der **Wettbewerb Demokratisch Handeln** wird seit 1989 für alle allgemeinbildenden Schulen in Deutschland ausgeschrieben. Insbesondere sollen Schülerinnen und Schüler zum Mitmachen gewonnen werden und Beispiele für Demokratie an Schulen einreichen. Ideelle Partner des Wettbewerbs sind die Theodor-Heuss-Stiftung e. V. und die Akademie für Bildungsreform. Mitglieder dieser beiden bürgerschaftlichen Initiativen haben einen "Förderverein Demokratisch Handeln e.V." gegründet, der den Wettbewerb trägt. Die Hauptveranstaltung dieses Wettbewerbs, die „Lernstatt Demokratie“ wird im Jahr 2010 in Bremen zu Gast sein. Dies wird bereits vorbereitet. 12 Bremer Projekte sind 2008 auf Bundesebene ausgezeichnet worden.
- „**Jugend debattiert**“, ein Wettbewerb der gemeinnützigen Hertie-Stiftung unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Förderung der sprachlichen und politischen Bildung und der Meinungsbildung durch Einübung der Debatte als Form politischen Handelns. Qualifikation zum Mitreden und Mitgestalten in der Demokratie verbunden mit der Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen der Gesellschaft. Der Wettbewerb findet in Bremen in vier Schulverbänden mit insgesamt 18 Schulen statt und richtet sich an die Klassen 8 - 13.
- „**Dem Hass keine Chance**“ – Bremer Wettbewerb in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesinstitut für Schule. 2008 beteiligten sich 21 allgemeinbildende Schulen (Primar- und Sekundarstufe) aus Bremen und 16 Schulen bzw. Schülerinnen und Schüler aus Bremerhaven sowie außerschulische Träger.
- **Geschichtswettbewerb** um den Preis des Bundespräsidenten; bundesweiter Wettbewerb. Durchführung in Kooperation der Universität Bremen mit Schulen (s.a. unter „Kooperation“).
- **Schülerwettbewerb zur politischen Bildung** der Bundeszentrale für politische Bildung unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten.
- **Europäischer Wettbewerb**: bildnerische und schriftliche Wettbewerbssparte zu europäischen Themenstellungen; ab Grundschule. Erfolgreiche und hohe Bremer Beteiligung.
- **Europäischer Fremdsprachenwettbewerb**: Gruppenwettbewerb mit Theater- und Filmbeiträgen in europäischen Sprachen zu aktuellen Themen. Förderung der Mehrsprachigkeit als Teil politischer Handlungsfähigkeit im vernetzten Europa.

3. Kooperationen

Politische Bildung findet in vielfältig strukturierten Kooperationsprojekten von Schulen mit Einrichtungen im Stadtteil, bzw. mit Institutionen von Land, Stadt und Bund statt. Die größeren Kooperationspartner sind hier aufgeführt. Darüber hinaus gestalten zahlreiche Schulen individuelle Kooperationen:

Universität Bremen/ Staatsarchiv

Im Rahmen des Geschichtswettbewerbs kooperieren Schulen mit dem Projekt „Forschendes Lernen“ am Institut für Geschichtswissenschaft der Universität sowie dem Staatsarchiv Bremen. Eine neu konzipierte Fachtagung führte Lehrkräfte erstmalig im August 2008 umfangreich in Materialien und Möglichkeiten des forschenden Lernens zu Themen des Geschichtswettbewerbs ein.

Landeszentrale für politische Bildung (LZPB)

Die LZPB kooperiert seit Bestehen effektiv mit Schulen im Land Bremen. Folgende Maßnahmen sind im Rahmen der politischen Bildung etabliert und werden gut - auch in der Fläche - angenommen.

- Die LZPB verzeichnet eine stabile Nachfrage der Schulen bezogen auf die Buchausgabe und **Materialien** zu Unterrichtsthemen. Ein ausreichend großer Fundus zu aktuellen Themen ist vorhanden; weitere, gut nachgefragte Materialien liefert die Bundeszentrale für politische Bildung.
- **„Schüler-Haushalt“**: Neues vorbildliches Projekt zur politischen Bildung (Start Schuljahr 08/09 in „Schulen ohne Rassismus“): Den Schülerinnen und Schülern werden 500 € zugesagt, wenn sie in einem demokratischen Verfahren feststellen, wie und wofür die Summe ausgegeben wird. Auf diese Weise lernen sie, sich zu präsentieren, sich eine Legitimation zu verschaffen, und durchlaufen dabei die einzelnen Schritte eines Gesetzgebungsverfahrens des Deutschen Bundestages. Parallel dazu legt die Senatskanzlei das Projekt „Bürger-Haushalt“ auf, bei dem die örtliche Interessenvertretung (Beiräte) mit Bürgern in einen öffentlichen Dialog über Interessenslagen und Prioritäten tritt. Die Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit, ihre Projekte den Beiräten mit der Aussicht auf Zuschüsse vorzustellen. Auf diese Weise wird eine Vernetzung von Schülerinnen und Schülern und Beiräten gefördert.
- **Juniorwahl-Projekt**: getragen von Hertie-Stiftung, EU-Parlament und Bundeszentrale für politische Bildung. Parallel zu realen Landtagswahlen, Bundestagswahlen und Europawahlen werden im Unterricht Wahlen inhaltlich vorbereitet und durchgeführt. Etwa einen Monat lang begleiten die Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 7 aller Schulformen das Projekt. Hierfür nutzen die Lehrkräfte zahlreiche spezielle handlungs- und produktorientierte Unterrichtsvorschläge zum Thema "Wahlen und Demokratie".
- **Wahl-O-Mat**: Mit Positionen aller Parteien zu 30 Thesen soll Erstwählerinnen und Erstwählern und Jugendlichen die Orientierung in der Parteienlandschaft erleichtert werden. Das Projekt der Landeszentrale für politische Bildung und des Bremer Jugendrings ist 2007 bei der Bürgerschaftswahl gut angenommen worden und soll 2009 für die Bundestagswahl/ Europawahl erneut eingesetzt werden.

- **Aktion Stolpersteine:** Dieses Erinnerungsprojekt an die Opfer des Nationalsozialismus geht auf eine Idee des Künstlers Gunter Demnig zurück, der im Bürgersteig vor Häusern, in denen Opfer einst lebten, Betonquader mit Messingtafeln verlegt. Die Aktion konzipiert Rundgänge und Touren zu den inzwischen 214 Stolpersteinen in Bremen in Kooperation mit 17 Ortsämtern und Stadtteilen. Beispiel: Für die 7.–13. Klassen werden Rundgänge zum Rosenack-Haus - neben der Synagoge - angeboten. Die Schulkoooperation hat vor allem den Stadtteil im Blick und bietet den Lehrkräften Unterstützung durch detailliert aufbereitete Unterrichtsmaterialien an. Beteiligung an der Nacht der Jugend 2008 unter dem Motto „70 Jahre später“.
- **Aufbau der Gedenkstätte Bunker Valentin:** als Konzept für Schule und außerschulische Jugendbildungsarbeit zum Thema Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in Bremen. Ziel ist es, den Bunkerbesuch in den Geschichtsunterricht zu integrieren.
- **Filmreihe für die Sekundarstufe II:** Jährlich im Herbst findet in Kooperation mit dem Kino 46, der Bundeszentrale für politische Bildung (Institut für Filmkunde) und der Murnau-Stiftung ein Filmseminar statt, in dem Propaganda-Filme aus dem Nationalsozialismus untersucht werden. Filme werden - mit pädagogischer Moderation - gezeigt, anschließend mit anwesenden und geladenen Zeitzeugen diskutiert.
- **27. Januar:** Beteiligung an Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus
- **Europa:** Die Landeszentrale für politische Bildung bietet zu europa-politischen Themen ein mehrstufiges Fortbildungsangebot für Lehrkräfte sowie Referendarinnen und Referendare an.
- **Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (SOR):** die Landeszentrale für politische Bildung begleitet die insgesamt 16 SOR-Schulen.
- **Dem Hass keine Chance:** Bremer Wettbewerb gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schule (s.u. „Wettbewerbe“)

Die Jugendbildungsstätte Lidice-Haus bietet seit ihrer Gründung 1987 Schulen erfolgreich Kooperationsprojekte zu den Schwerpunkten „Demokratieentwicklung“ und „Soziales Lernen“ an, die gut angenommen werden und sich etabliert haben. Hierzu gehören schulbezogene und schulübergreifende Qualifikationsmaßnahmen mit dem Focus „Entwicklung von Partizipationsstrukturen“ („We are strong together“) für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler sowie die Qualifizierung von Schülervertretungen und Klassensprecherinnen und -sprechern. Eine Vernetzung mit Schulen, Jugendhilfe-Einrichtungen sowie im Stadtteil findet statt.

Das **Jugendhaus Buchte der Naturfreunde–Jugend** bietet in der Schule vor Ort „Schuleica“- Schulungen zur Qualifizierung von Jugendlichen an: Vermittlung von Know-how zur Organisation von Projekten; Grundkenntnisse in Gruppenleitung; Konflikt- und Methodentraining. Auch dies Format ist als Beitrag zur politischen Bildung und Kompetenzentwicklung von Schülerinnen und Schülern zu sehen.

Beratungsnetzwerk „pro aktiv gegen rechts“: Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft ist vertreten im 2008 neu gegründeten landesweiten Beratungsnetzwerk „pro-aktiv gegen rechts“, das aus dem Bundesnetzwerk „Kompetent. Für Demokratie“ hervorgegangen ist. Die

Beteiligten wollen in Bezug auf Schulen qualifizierte Beratungs- und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter/innen, Schulleitungen und ggf. Eltern ausbauen und absichern, um rechtsextreme Tendenzen früher wahrnehmen und darauf adäquat reagieren zu können. Außerdem werden Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung jugendspezifischer Formen und Methoden der Auseinandersetzung mit historischem Nationalismus und modernisiertem Rechtsextremismus beraten.

4. PARTIZIPATION

Zentrales Element politischer Bildung, insbesondere der Entwicklung von Wahlmündigkeit ist die Eröffnung realer Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche und die Erfahrung der Selbstwirksamkeit in ihren sozialen Kontexten.

Der 2007 verbindlich gewordene Bremer Orientierungsrahmen Schulqualität nennt für dieses Handlungsfeld folgendes Ziel:

„Die Schule fördert die demokratische Partizipation der Schülerinnen und Schüler, indem sie sie in die Gestaltung von Unterricht und Schulleben einbezieht und Möglichkeiten zur Mitsprache und Verantwortungsübernahme schafft.“

Folgende Indikatoren einer guten Qualität der Partizipation von Schülerinnen und Schülern werden aufgeführt:

- „Es gibt eine aktive Schülervertretung, deren Arbeit von Schulleitung und Lehrerkollegium ernst genommen und nachhaltig unterstützt wird.
- Schülerinnen und Schüler übernehmen Verantwortung für gemeinsame und individuelle Lernprozesse im Unterricht. Lehrerinnen und Lehrer unterstützen sie dabei und ermutigen sie zu regelmäßigem Feedback über Prozesse und Ergebnisse.
- An der Schule werden regelmäßig Projekte unter Beteiligung von Schülerinnen und Schülern geplant, durchgeführt und ausgewertet.
- Die Schülerinnen und Schüler beteiligen sich aktiv an der Schulprogrammentwicklung.
- Die Schülerinnen und Schüler werden an Evaluationsvorhaben beteiligt.“

Die Schulen sind gehalten, die hier verankerten Ansprüche in ihren Schulentwicklungsprozessen aufzunehmen. Die externe Evaluation der bremischen Schulen, deren erster Durchgang in diesem Jahr abgeschlossen sein wird, ist auch unter dem Kriterium erfolgt, wie viel Partizipation von Schülerinnen und Schülern eine Schule praktiziert.

Explizit politische Qualität erlangt Schülervertretung auf der Ebene der zentralen Vertretungen: Wie ausführlich im „Bericht zur Arbeit der Gesamtschüler(innen)vertretung (GSV)“ dargestellt¹², wird die Arbeit der GSV durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft unterstützt und gestärkt. Eine Verbindungslehrkraft, die den Kontakt zur Behörde gestaltet und eine Vertrauenslehrkraft mit inhaltlicher Beratungsfunktion für die GSV sind zum Schuljahr 2008/2009 neu benannt worden.

Die gewählten Vertrauenslehrkräfte an Schulen haben vor Ort die Aufgabe, Beteiligungsansätze zu unterstützen und Schüler(innen)gruppen zu begleiten. Sie werden durch Fortbildungsmaßnahmen unterstützt.

¹² Vorlage G27/17, Deputation für Bildung am 26.6.08

5. Entwicklungsbedarfe

Die voraufgehende Darstellung zeigt, dass einem Konzept, das auf schulischen Fächern sowie vielfältigen und breit genutzten ergänzenden Angeboten für Lernen und Engagement basiert, auch eine stetige Verbesserung und Verstärkung implizit ist. Dies nicht zuletzt, weil die unverzichtbaren gesellschaftlichen Kooperationspartner dies programmatisch repräsentieren und betreiben.

Es ist gleichwohl unbestritten, dass die politische Bildung an Schulen im Land Bremen weiterentwickelt und ausgebaut werden kann und muss. Das Konzept bewegt sich in einem Spannungsfeld von erkanntem Anspruch und struktureller wie materieller Leistbarkeit. Im Folgenden werden Entwicklungsbedarfe benannt, deren Realisierung koordiniert und fachlich gestützt erfolgen muss. Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft wird hierzu einen entsprechenden Auftrag erteilen, unter dem mit den Partnern in der politischen Bildung bis Ende 2009 ein Programm zur Weiterentwicklung der politischen Bildung an den Schulen im Lande Bremen im Sinne der folgenden Eckpunkte umsetzungsreif erarbeitet wird:

Entwicklungsbedarf besteht insbesondere unter den Aspekten:

- 5.1. Vernetzung
- 5.2. Partizipation
- 5.3. Anerkennungskultur
- 5.4. Evaluation und Unterrichtsentwicklung

5.1. Vernetzung

Eine Vernetzung der vielfältigen schulischen Projekte ist nicht im wünschenswerten Maße erreicht. Um Synergieeffekte, die Verbindung von unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Vorhaben sowie Nachhaltigkeit sicherzustellen, gilt es - mehr als bisher - Erfahrungs-, Projektmanagement-, Organisations- und Motivationsressourcen zu nutzen und vor allem zu vernetzen. Transparenz und Transfer erfordern hier ein Umdenken und eine Überwindung institutioneller Grenzen. Bereits im Ergebnis der Schulleiter-Befragung zur Gewaltproblematik vom November 2004¹³ wird der Rat formuliert, die Senatorin für Bildung und Wissenschaft solle den Austausch unterstützen, professionalisieren und Erfahrungen für andere zugänglich machen. Hier ist ein erheblicher Nutzen zu erwarten. „Ein strukturierter und themenzentrierter Austausch führt angesichts unterschiedlicher Problemkonstellationen und Dispositionen (...) zu einem fruchtbaren Austausch, der ergebnisorientiertes Engagement und Selbstkontrolle aller Beteiligten anregt“¹⁴. Die Schulen aus dem Modellversuch „Demokratisch leben und lernen“ leisteten hier gute Arbeit; ebenso die in Bremen-Nord tätigen Grundschulen, deren Präventionskonzepte im Bericht der genannten Untersuchung beschrieben sind. Es sind „... erfolgreiche Präventionsstrategien und große Kompetenzen des Lehrpersonals vorhanden, die bislang aber kaum in die Bremer Schullandschaft ausstrahlen“, heißt es dort.

¹³ Thema Gewaltbelastung, Präventionsstrategien und Unterstützungsbedarfe; Akademie für Arbeit und Politik der Universität Bremen, Dr. Frank Meng, S. 150 ff

¹⁴ ebd. S. 150

Lösungsansatz:

Zum festen Bestandteil der Arbeit in Wettbewerben und Projekten im Sinne der Qualitäts- und Transfersicherung muss der regelmäßige institutionalisierte Informations- und Erfahrungsaustausch von Lehrkräften gehören, die ähnliche oder gleiche Maßnahmen begleiten, mit dem Ziel der Qualitätsentwicklung dieser Maßnahmen bzw. Optimierung ihres Zuschnitts auf schulspezifische bzw. quartierspezifische Besonderheiten. Die Einrichtung eines ständigen „Beirats für politische Bildung, Demokratie-Lernen und Partizipation“ kann hier unterstützend wirken.

5.2 Mehr Partizipation

Der Bildungsbereich ist - u.a. durch die Shell-Jugendstudien der vergangenen Jahre - immer wieder nachdrücklich darauf hingewiesen worden, dass Kinder und Jugendliche für die Entwicklung und Stärkung ihrer Persönlichkeit und in der Vorbereitung ihrer gesellschaftlichen Rollen darauf angewiesen sind, dass sie wirksam partizipativ in ihren sozialen Umfeldern agieren können. In den Schulen und in den städtischen Quartieren ist diese Forderung nach wie vor in den Konzepten stärker vertreten als in der Praxis.

Eher formal angesehene und nicht immer qualifiziert begleitete Arbeit in Schülervertretungen bildet ein Handlungsfeld, das ebenso Verstärkung und Verbesserung benötigt wie auch die Ansätze zur Partizipation von Jugendlichen in den Stadtteilen

Lösungsansatz:

Die unter 4. für den Qualitätsaspekt „Aktive Beteiligung der Schülerinnen und Schüler am Schulleben und an der Schulentwicklung“ genannten Ziele und Indikatoren des Orientierungsrahmens Schulqualität müssen nachvollziehbar Geltung erlangen. Da Schulprogramme zyklisch fortgeschrieben werden, muss an die 2010 anstehende nächste Generation von Schulprogrammen der Anspruch gestellt werden, die politische Sozialisation und Bildung von Kindern und Jugendlichen in der Schule auch durch ein schuleigenes Partizipationskonzept zu stärken.

In den ressortübergreifenden Vorhaben zu Bürgerbeteiligung und Engagement müssen die auf das Jugendalter gerichteten Möglichkeiten und Angebote ausgebaut und verstärkt beworben werden. In diesem Kontext muss die jährliche Session von „Jugend im Parlament“ ihre Themen mit so viel „Ernst-Charakter“ wie möglich behandeln können und durch die Ressorts und das Parlament aufgenommen sehen.

5. 3. Anerkennungskultur - Qualifizierung - Lehrerkooperation

Sinnvoll ist auf allen Ebenen der Steuerung von Schule eine regelmäßige - nicht nur zufällige - und wertschätzende Kenntnisnahme bzw. kritische Würdigung der zahlreichen bestehenden und abgeschlossenen Aktivitäten und der Akteure der politischen Bildung, bevor Neues geplant und eingefordert wird.

Die dargestellten Maßnahmen dokumentieren, dass Jugendliche zu motivieren sind und ein beeindruckendes Engagement zeigen, das mittelfristig aus zunächst bürgerschaftlichem ein politisches Interesse generieren kann. Dies gilt besonders für die Schülerinnen und Schüler, die an Wettbewerben teilnehmen, die Veranstaltungen verantwortlich mitgestalten und deren Projekte – auch bundesweit - ausgezeichnet werden (Z.B. wurden 12 Bremer Projekte im Wettbewerb „Demokratisch Handeln“ im Jahr 2008 bundesweit gewürdigt).

Die Anerkennungskultur sollte auch Schulleitungen und Lehrkräfte einbeziehen, die trotz Aufgabenverdichtung über ihre Unterrichtsverpflichtung hinaus bereit sind, ihre Schülerinnen und Schüler in Projekten zu begleiten, sie zu motivieren, zu Selbsttätigkeit anzuleiten und Beziehungsarbeit zu leisten.

Besonders gilt dies für die derzeit ca. 120 Vertrauenslehrkräfte, die als verlässliche Kontakt – und Vertrauenspersonen z.B. der Schülervertretungen maßgeblich zur politischen Bildung und zu einer erfolgreichen und stetigen Partizipation ihrer Schülerinnen und Schüler beitragen können. Eine Aufwertung dieser Aufgabe, besonders durch eine verstärkte Qualifizierung und verbesserte Kommunikation der Gruppe untereinander, ist angezeigt.

Schließlich sind - unbeschadet der Tatsache, dass politische Bildung Schule und Kollegium als Ganzes angeht - die Fachkonferenzen der beteiligten Fächer in den Blick zu nehmen. Sie bilden den Ort für Unterrichtsentwicklung, Vernetzung und Engagement der Schule in Projekten und Wettbewerben. Hier liegen ohne Zweifel Entwicklungsbedarfe, deren Bearbeitung den Stellenwert und die Wirksamkeit der Fächer und Vorhaben zur politischen Bildung in der einzelnen Schule nachhaltig erhöhen kann.

Lösungsansatz:

- Regelmäßige öffentliche Auszeichnung von Wettbewerbspreisträgern bzw. Würdigung von Schülerprojekten zu gesellschaftlich relevanten Themenstellungen.
- Aufwertung und Qualifizierung der Arbeit der Vertrauenslehrkräfte.
- Die Fachkonferenzen der beteiligten Fächer und Aufgabenfelder sind gezielt zu stärken, ihre Vorsitzenden zu qualifizieren und die Fachkollegien zu einer effektiven, auch jahrgangsbezogenen Kooperation und Teambildung zu führen und mit außerschulischen Partnern und Institutionen der politischen Bildung zu vernetzen.

5.4. Evaluation und Unterrichtsentwicklung

Entwicklungsbedarf besteht bezogen auf eine verlässliche Gewährleistung des Unterrichts explizit politischer Themen. Die Stundentafel lässt hier zwar ausdrücklich Freiheiten, die schulintern verhandelt werden können. Die Nutzung der Flexibilisierungsstundentafeln führt aber nicht zwangsläufig zu einer ausreichenden Berücksichtigung des Faches Politik und seiner Inhalte.

An dieser Stelle kann erst eine gezielte Evaluation der Unterrichtsrealität Fakten liefern und Bedarfe ermitteln.

Politische Bildung als Querschnittsaufgabe fordert zudem das gesamte Kollegium heraus. Dies sollte stärker als bisher in Schulprogrammen, schulinternen Curricula und der Gestaltung der Stundentafeln verankert werden.

Lösungsansatz:

- Verpflichtung des Landesinstituts für Schule und des Lehrerfortbildungsinstituts in Bremerhaven, verstärkt Maßnahmen zur **Lehrerbildung** und **Unterrichtsentwicklung** anzubieten bezogen auf die Organisation fachübergreifender und Fächer verbindender Lerneinheiten im **Team von Fachlehrkräften** und auf die Berücksichtigung von politischen Dimensionen der fachspezifischen Inhalte anderer Fächer.

- Beauftragung einer Evaluation der Unterrichtsrealität im Fach Politik an Schulen im Rahmen der bremischen Schul- und Schulbegleitforschung oder forschungsbezogener Schulpraktika.

Entwicklungsimpuls für das gesamte Fachfeld:

Um kurzfristig die politische Bildung an Schulen zu stärken, kann als Auftakt einer „Initiative zur Stärkung der politischen Bildung“ (Arbeitstitel) die Ausrichtung einer Fachtagung zur Bedeutung und zum fachlichen Diskurs der politischen Bildung sehr sinnvoll sein. Hier kann eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung für das Lernfeld stattfinden - unter Beteiligung von Jugendlichen z.B. bei Veranstaltungsmanagement; Plakatgestaltung (Wettbewerb); Catering (Schülerfirma) u.a. -. Während der Tagung können hervorragende Projekte bzw. Wettbewerbsbeiträge in einem angemessenen Rahmen ausgezeichnet werden. In diesem Kontext könnte sich auch der genannte „Beirat für politische Bildung, Demokratie-Lernen und Partizipation“ konstituieren.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft nimmt die vorgelegte Konzeption zur Stärkung der politischen Bildung zur Kenntnis und bittet den Senat um einen Berichterstattung zur Umsetzung des Konzepts im Februar 2010.